



Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)  
Postfach 218 - CH-3000 Bern 16  
Tel. 031 356 27 27 - Fax 031 356 27 28 - PC 30-10011-5  
Internet: www.auns.ch - E-Mail: auns@auns.ch

**Pressemitteilung**

***Kurzfassung für die Medien***

**Bern, 11. Mai 2002**

---

**17. ordentliche Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) vom 11. Mai 2002 in Bern**

---

**41'562 AUNS-Mitglieder als Lobby für Unabhängigkeit und Neutralität**  
**Wichtiges Nein der AUNS zum Schengener Vertrag**

Über 1000 Mitglieder der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz haben sich am vergangenen Samstag, anlässlich der 17. ordentlichen Mitgliederversammlung in Bern, mit überwältigendem Mehr gegen den Beitritt der Schweiz zum Schengener Abkommen ausgesprochen. „Schengen“ sei ein Kolonialvertrag, weil er die Schweiz ohne Mitsprache verpflichte, das ganze heutige und künftige Schengenrecht in immer mehr Bereichen zu übernehmen, wurde argumentiert. Der Abbau der Kontrollen an der Grenze bringe weniger Sicherheit. Zudem sei Schengen eine Etappe auf dem falschen Weg zur EU.

AUNS-Präsident Nationalrat Christoph Blocher bezeichnete die AUNS in seiner Standortbestimmung als die einzige überparteiliche Lobby, welche für die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Neutralität unseres Landes kämpfe. Obwohl die Bundesverfassung den Bundesrat und die Bundesversammlung unmissverständlich zur Wahrung dieser zentralen Werte verpflichte, würden sie von der Mehrheit der Politiker, von vielen Wirtschaftsleuten in Grossunternehmen und von einem Grossteil der Presse und der Massenmedien missachtet. Darum brauche es die AUNS, die mit ihren mittlerweile 41'562 Mitgliedern zu einer starken, respektierten Volksbewegung herangewachsen sei.

Nach vielen Erfolgen seit der Gründung im Jahre 1986 sei das vergangene Jahr „gemischt“ gewesen. Neben dem erfolgreichen Kampf gegen die EU-Beitrittsinitiative „Ja zu Europa“ habe eine knappe Mehrheit des Volkes bzw. der Kantone dem Militärgesetz und dem UNO-Beitritt zugestimmt. In beiden Fällen sei der Bundesrat unter dem Druck der AUNS aber genötigt gewesen, weitgehende Versprechungen abzugeben und bei der Armee XXI wesentliche Korrekturen vorzunehmen, um die Vorlagen nicht zu gefährden. Darauf werde die AUNS den Bundesrat behaften!

**Amateurhafte, desolante Aussenpolitik**

Blocher geisselte sodann die aktuelle Aussenpolitik des Bundesrates, welche die grundsätzlichen Werte der Schweiz preisgebe und diese zum Niedergang führe, als amateurhaft und desolat. Als Beispiele nannte er die Preisgabe des „Gotthard-Pfandes“ durch die Öffnung der Schweiz für 40-Töner, ferner das Luftverkehrsabkommen mit Deutschland sowie die schwache Haltung des Bundesrates beim Bankkündengeheimnis. Zudem gebe sich die

Schweiz schon kurz nach der UNO-Abstimmung durch den Aktivismus des Aussenministers und des Gesamtbundesrates der Lächerlichkeit preis. So hätten „Subalterne“ aus dem EDA offiziell und im Namen der Schweiz zum Konflikt im Nahen Osten Stellung genommen und gegenüber einer Konfliktpartei Massnahmen angedroht.

### **Integrale Neutralität gegen Dummheiten der Regierung**

In dieser Situation bekomme die integrale Neutralität eine ganz neue Bedeutung, stellte Blocher fest: „Sie ist dringend notwendig, damit unsere Regierung nicht jeden Tag eine neue Dummheit begehen kann“. Oberstes Ziel sei nun, den EU-Beitritt zu verhindern, den der Bundesrat durch den Abbau von Beitrittschürden mit allen Mitteln forcieren wolle. Der nachteilige und unwürdige Schengener Vertrag und das noch schlechtere „Gegengeschäft“ zur Abschaffung des Bankkundengeheimnisses seien strikte anzulehnen. Die AUNS sei gezwungen, den Kampf an vielen weiteren Fronten zu führen. Blocher nannte die Unterstützung der Goldinitiative, die Ablehnung der unter Erpressungsdruck entstandenen Solidaritätsstiftung, ferner die Verhinderung eines Berufsparlaments, den Kampf gegen den Missbrauch im Asylwesen, das Beschwerderecht bei Einbürgerungen und als Hauptziel die Verhinderung des EU-Beitritts.

### **Was verbirgt sich hinter Schengen?**

Verschiedene Referenten äusserten sich sodann pro und contra Schengener Abkommen. Jean-Daniel Gerber, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, argumentierte, mehr Sicherheit im Polizei- und im Asylbereich bedinge eine enge Zusammenarbeit mit den Schengener Staaten und dem Schengener Informationssystem, das in Sekundenschnelle Millionen von Fahndungsdaten liefere. Mit mobilen Grenzkontrollen anstelle der heutigen stationären Kontrollen an der Grenze resultiere mehr Sicherheit. Mit Schengen und Dublin könne verhindert werden, dass die Schweiz zur Drehscheibe für internationale Kriminalität und illegale Einwanderung werde. Bevor definitive Resultate der Bilateralen II vorlägen, sei ein Entscheid jedoch verfrüht.

Gerbers Ausführungen wurden ergänzt durch Robert Steiner, Präsident der Vereinigung schweizerischer Kriminalpolizeichefs, der Schengen aus polizeilicher Sicht befürwortet. Seines Erachtens ist die Schweiz ohne Schengen eine EU-Aussengrenze und somit „isoliert“. Zur „schengenweiten“, gemeinsamen Strategie der Kriminalitätsbekämpfung mit Repression, Prävention und Kooperation gebe es keine taugliche Alternative.

### **Konsequenzen aus grenzpolizeilicher Sicht**

Für Oberst Toni Grab, Kommandant des Grenzwachtkorps II, ist Schengen trotz mobiler Kontrollen im Grenzraum und trotz verschärfter Überwachung der Schengener Aussengrenze kein Garant für Sicherheit. Falls die Schengener Aussengrenze dereinst an Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen übergehen sollte, dürfe die Schweiz die Kontrollen an der Grenze erst recht nicht aufgeben, denn heute schon kämen viele von den Grenzwachorganen aufgegriffene verdächtige Personen und Delinquenten aus diesen Ländern. Grab bezeichnete die technische Übernahme des Schengener Informationssystems (SIS) als Vorteil, allerdings unter der Voraussetzung, dass die heutigen erfolgreichen Kontrollen an der Grenze bestehen blieben.

### **Angriff auf Finanzplatz und Bankkundengeheimnis**

Nationalrat Hans Kaufmann plädierte gegen Schengen, weil damit, im Rahmen der Bilateralen II, ein massiver Angriff der EU auf das ihr missliebige Bankkundengeheimnis und auf den erfolgreichen Finanzplatz Schweiz geführt werde. Schengen werde als „Geschäft“, als Vorteil für die Schweiz, hochstilisiert, und als „Gegengeschäft“ verlange die EU die Aufweichung und die Abschaffung des Bankkundengeheimnisses. Kaufmann betonte, die Schweiz wolle kein schlechtes Geschäft und schon gar kein noch schlechteres Gegengeschäft. Vielmehr müsse das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung verankert werden.

### **Untaugliche Schreibtisch-Abkommen**

Eine sehr negative Bilanz zum Schengen-Dossier zog abschliessend Nationalrat Dr. Ulrich Schlüer. Schengen heisse Preisgabe unserer Souveränität im Sicherheitsbereich. Sowohl Schengen als auch Dublin seien typische Schreibtisch-Abkommen. Auf den ersten Blick er-scheine alles logisch, aber in der Praxis, bei effektiven Sicherheitsproblemen, versagten bei-de Abkommen. Gegen den Asylrechtsmissbrauch und die illegale Einwanderung bringe das Dubliner Erstasylabkommen nichts, weil wegen fehlender Grenzkontrollen nicht nachgewie-sen werden könne, woher jemand gekommen sei. Auch Schengen bleibe infolge der löcheri-gen Aussengrenze toter Buchstabe. Und diese „Löcher“ seien nach der EU-Osterweiterung noch wesentlich grösser. „Wer den Grenzschutz Europas an die weissrussische und ukraini-sche Grenze verlegt und den Rest Europas kollektiver Sicherheitszuständigkeit überlässt, liefert Europa an die organisierte Kriminalität aus“, warnte Schlüer. Zudem werde mit dem Schengener Fahndungssystem jede Person in Europa zu einem staatlich durchnummerier-ten Beobachtungsobjekt.

Die Gewährleistung der Sicherheit in unserem Land sei nur möglich mit klar zugewiesenen Verantwortlichkeiten in einem konkreten Raum.

Schliesslich bringe die europaweite Vergemeinschaftung der Strafverfolgung zwingend die Anerkennung des EU-Gerichtshofes in Luxemburg als oberste Gerichtsinstanz. Die Preisga-be unserer obersten gerichtlichen Kompetenz sei ein weiterer markanter Verlust an Souve-ränität.

Anschliessend verabschiedete die AUNS-Mitgliederversammlung einstimmig die Resolution „Ja zur souveränen, neutralen Schweiz – Nein zum Schengener Vertrag!